

Nach Ausschreibung: Frauen-Einlagen für 64-jährigen Bayern



Diskussionsrunde in München verdeutlicht Folgen der Gesundheitsreform

„Falsche Produkte, kein Service“ urteilt Adalbert Strobl aus Berg am Starnberger See. Der Inkontinenzpatient bekam im August von der Barmer Ersatzkasse einen neuen Versorgungspartner zugewiesen. Nach einem Telefonat mit dem Leistungserbringer aus Berlin erreichte ihn ein Paket an „Frau Adalbert Strobl“ mit einer Windelhose. Er benötigt aber eine Netzhose und 20x40cm große Einlagen für den Mann. Nach Beschwerden bei seiner Krankenkasse und dem neuen Versorger kam der nächste Schock: 160 Lady Mini Plus Frauen-Einlagen. Da hat es Strobl gereicht. Er kauft sich seine Einlagen nun wieder beim gewohnten Sanitätshaus und zahlt selbst. „Jetzt hab ich meine Ruhe.“, schließt Strobl seine Erzählung ab.

Ist dieser Fall eine Ausnahme, ein Einzelfall? „Auf keinen Fall!“, protestiert Christoph Saloschin, Vorstandsmitglied bei der Inkontinenz Selbsthilfe e.V. „Über unser Internet-Forum erreichen uns viele Sorgen von Betroffenen, viele unglaubliche Fälle von schlechter Versorgung nach Ausschreibungen. Wir haben zum Beispiel einen Inkontinenzpatienten, der überlegt, sich einer risikoreichen Operation zu unterziehen, nur um den Billigprodukten vom neuen Versorgungspartner zu entkommen.“



Die Teilnehmer der vierten

Diskussionsrunde des Aktionsbündnisses „meine Wahl!“ am 30.10.2008 in München sind sich einig: Ausschreibungen sind der falsche Weg. Wird die Versorgung mit medizinischen Hilfsmitteln wie Rollstühle, Produkte zur Inkontinenz- oder Stomaversorgung von der Krankenkasse ausgeschrieben, darf danach nur der Ausschreibungsgewinner versorgen. Dem Patienten bleibt keine Wahl. Durch die Nachbesserung am Gesetz durch den Bundestag müssen Krankenkassen nun nicht mehr ausschreiben. Sie haben die Wahl zwischen Ausschreibungen und Vertragsverhandlungen. Da bei der zweiten Möglichkeit weitere Leistungserbringer zu den Verträgen beitreten können, bleibt dem Versicherten hier wenigstens die Wahl zwischen mehreren Versorgern erhalten. Wie die Versorgung der gesetzlich Versicherten läuft, entscheidet allein die Krankenkasse.

„Wenn die Krankenkasse dem Versicherten keine Wahl bei Hilfsmitteln lässt, so bleibt ihm immer noch die eine Wahl. Er kann sich für eine andere Krankenkasse entscheiden.“, sagt Klaus Grunau, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Medizintechnologie e.V. Wer bei seinem Hilfsmittel mitreden möchte, seinen Versorger selbst wählen will, der sollte zu der Krankenkasse gehen, die ihm diese Wahlfreiheit ermöglicht. Doch wie Fragen aus dem Publikum zeigen, wissen viele gesetzlich Krankenversicherte nicht, dass sie die Krankenkasse wechseln können. „Jede gesetzliche Krankenkasse muss jeden aufnehmen, egal wie krank er ist.“, erklärt Johann Zellner von der AOK Bayern.

Die Positionen und Forderungen der Podiumsteilnehmer im Einzelnen:



Christoph Saloschin, Vorstandsmitglied Inkontinenz Selbsthilfe e.V.

„Es darf nicht immer wieder bei den Schwächsten gespart werden. Die Menschenrechte und die Menschenwürde gelten für jeden und sind im Grundgesetz festgeschrieben.“



Bärbel Kellner, Geschäftsführerin Gesundheitsteam Bayern GmbH

„Niemand denkt an die Einsparungsfolgekosten. Auf der einen Seite wird zwar eingespart. Doch schlechte Versorgung und Beratung verursachen Folgeprobleme. Man darf nicht nur auf kurzfristige Effekte schauen.“



Adalbert Strobl, Hilfsmittelnutzer

„Der Mensch sollte bei allem im Mittelpunkt stehen.“



Johann Zellner, AOK Bayern

„Die AOK Bayern favorisiert die Vertragslösung. Wir wollen die Qualität nach oben schrauben. Ich glaube, dass sich eine Vielzahl von Krankenkassen gegen Ausschreibungen entscheiden wird.“



Klaus Grunau, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Medizintechnologie e.V.

„Wir brauchen eine Vielfalt der Leistungserbringer und kontrollierte Qualität.“



Manfred Högel, Senioren Union der CSU, stellv. Vorsitzender Bezirksverband München

„Wir brauchen mehr Transparenz. Patienten müssen erkennen können, was bietet die eine Krankenkasse, was bietet die andere.“



Karin Simons, Vorstandsmitglied ECET Deutschland e.V.

„Der Weg der Vertragsverhandlung ist der bessere Weg. Allerdings muss die Qualität nachgeprüft werden, denn Papier ist bekanntlich geduldig.“